

# Antragsbereich P: Sozialpolitik und soziale Infrastruktur

## Antrag P2\_22

---

1 **Antragssteller\*in:** Juso-Hochschulgruppen Berlin & Niedersachsen

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

### 3 **P2\_22 Keine Hochschulschließungen im Winter! -** 4 **Sozialräume erhalten**

5 Studieren in den vergangenen Semestern bedeutete häufig, Krisen zu bewältigen. Der Wegfall von Nebenjobs, die soziale Isolation, das Lernen von zuhause und die Erfahrung eines Kriegs auf europäischem Grund - all diese Umstände haben Studierende vor enorme Herausforderungen gestellt. Diese "Krisenkompetenz" wird auch im kommenden Winter wieder strapaziert werden. Denn die grassierende Inflation, die gestiegenen Energiepreise oder die unsichere Coronalage treiben erneut die Sorgenfalten auf die Stirn vieler Studierender. Und leider sind es immer wieder junge Menschen, die besonders unter den Krisen leiden.

#### 12 **Hochschulschließungen verhindern!**

13 Hinzu kommen nun vermehrte Berichte und Ankündigungen, dass im Wintersemester die Schließungen von Hochschulen, Bibliotheken und Gebäuden bevorstehen könnten. Zwar begrüßen wir, dass Hochschulen durch die Bundesnetzagentur als "geschützte Kunden" im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes eingestuft wurden. Doch nicht nur mögliche Gasengpässe, sondern auch die erheblichen Preissteigerungen können gravierende Konsequenzen nach sich ziehen. Denn die Gas- und Energierechnungen werden sich auch für die Hochschulen mind. verdoppeln und somit Beträge erreichen, die für die ohnehin schon knappen Hochschulhaushalte nicht mehr zu begleichen sind. Daher haben schon im Sommer viele Präsidien verkündet, dass sie im Herbst drastische Energiesparmaßnahmen ergreifen werden. Beispielsweise ist das Abstellen der Warmwasserversorgung und die Herabsetzung der Raumtemperatur mittlerweile an vielen Hochschulen angekündigt. **Uns Juso-Hochschulgruppen ist bewusst, dass Einsparungen in den Heizkosten der Hochschulgebäude notwendig sind, um sich solidarisch und nicht leichtfertig zu verhalten.**

25 Energiesparmaßnahmen sollten daher in einem sinnvollen und angemessenen Rahmen durchgeführt werden, beispielsweise in Form einer Herabsenkung der Raumtemperatur in Hörsälen und Bibliotheken auf maximal 21 Grad. Selbst dann ist ein enormes Einsparungspotenzial gegeben, während Studierende noch in einem angenehmen Umfeld lernen und arbeiten können. Werden Hochschulen nicht beheizt, bleiben Studierende zuhause und müssen die zusätzlichen Heizkosten selbst tragen. Aus jungsozialistischer Perspektive ist es nicht tragbar, dass es eine Verschiebung der Probleme kalter Räume auf die individuelle Ebene gibt. Denn Studierende, deren Eltern die hohen Kosten für das Heizen zu Hause übernehmen, sind nicht darauf angewiesen in kalten Bibliotheken zu lernen. **Eine solche Kostenverschiebung ist nicht hinnehmbar!**

34 Darüber hinaus sehen wir es kritisch, dass sich bei einer Raumtemperaturabsenkung auf 19 Grad an einem veralteten Maßstab orientiert wird. 21 Grad richten sich nach dem cis-männlichen Körper und sind auf die sogenannte Gender Data Gap zurückzuführen. Bei der Ermittlung der angeblich perfekten Raumtemperatur von 21 Grad wurde sich lediglich auf cis-männliche Temperaturempfinden bezogen. Nicht-cis-männliche Personen empfinden eine Raumtemperatur von 19 Grad als weitaus kühler, fühlen

39 sich unwohler und können weitaus weniger Leistung erbringen. Als feministischer Verband ist es für  
40 uns nicht hinnehmbar, dass die Gender Data Gap auf diese Art und Weise weiter reproduziert wird.

41

42 Besonders bedrohlich ist jedoch die Aussicht, dass der Lehrbetrieb wieder vollständig in die digitale  
43 Form versetzt werden könnte. Sollten die Energiesparmaßnahmen nicht ausreichen, könnten Hochschu-  
44 len genötigt sein, ihre Gebäude vollständig zu schließen. **Eine solche Schließung von Hochschulgebäu-**  
45 **den lehnen wir entschieden ab!** Denn Hochschulschließungen wären ein Affront gegenüber der Studie-  
46 rendenschaft. Sie wären das klare Zeichen, dass studentische Belange und die junger Menschen als  
47 guter Claim dienen, aber bei schwierigen Entscheidungen unberücksichtigt bleiben. Hochschulschlie-  
48 ßungen sind auch bei steigenden Corona-Inzidenzen nicht die passende Antwort. Es ist noch unklar,  
49 welches Ausmaß die Corona-Pandemie im kommenden Winter entfalten wird. Doch erneute Schließun-  
50 gen sind auch bei steigenden Inzidenzen nicht die passende Antwort! Denn die zurückliegenden Pande-  
51 miesemester haben noch einmal deutlich gemacht, dass Hochschulen nicht nur reine Orte des Lernens  
52 und der Vermittlung von Wissen und Methoden sind. Sei es Seminar oder Sportkurs – an der Hochschule  
53 werden nicht nur starre Inhalte vermittelt. An ihnen bilden sich lebenslange Gemein- und Freundschaft-  
54 ten, viele finden ihre persönliche und politische Orientierung und etablieren ihre eigene, selbständige  
55 Identität nach dem Auszug aus dem Elternhaus. Sie sind ein Ort, an dem Studierende aufeinandertreffen,  
56 zusammen lernen, diskutieren und sich austauschen.

57 Doch durch die Pandemie und die damit verbundene soziale Isolation hat die psychische Gesundheit  
58 vieler Studierender gelitten. In einer repräsentativen Erhebung von 2020, durchgeführt durch das DZHW,  
59 gaben 10 % der Studierenden an, psychisch beeinträchtigt zu sein. Auch die Nachfrage nach den psy-  
60 chosozialen Beratungsangeboten der Studierendenwerke hat während der Pandemie massiv zugenom-  
61 men. Dies muss eine Lehre sein! Junge Menschen dürfen im kommenden Wintersemester nicht erneut  
62 leichtfertig in die Distanzlehre geschickt werden. Gleichzeitig sehen wir es als essentiell an, Risikogrup-  
63 pen beispielweise durch eine Maskenpflicht weiterhin ausreichend zu schützen, um ihnen in gleichem  
64 Maße die Teilhabe zu ermöglichen. Insbesondere Professor\*innen, welche sich an die Vorzüge von  
65 schnell umgesetzten Online-Vorlesungen gewöhnt haben, dürfen nicht unter dem Vorwand vermeintli-  
66 cher Energieeinsparungen auf Präsenzveranstaltungen verzichten.

67 Um die Krise für Studierende abzufedern, bedarf es mehr finanzieller Mittel für die Hochschulen, damit  
68 sie die gestiegenen Rechnungen begleichen können. **Hierbei sind die Länder und notfalls der Bund ge-**  
69 **fordert!** Sie dürfen die Hochschulen nicht im Regen stehen lassen und müssen im Rahmen von Entlas-  
70 tungspaketen oder Notfallfonds die notwendigen Gelder zur Verfügung stellen. Für diese Maßnahmen  
71 sind erhebliche finanzielle Mittel notwendig, die bei Einhaltung der Schuldenbremse nicht verfügbar  
72 sind. Wie schon bei erforderlichen Investitionen in die Zukunft, blockiert die Schuldenbremse nun die  
73 dringend notwendigen Ausgaben für eine soziale Abfederung der Folgen der Energiekrise.

74 **Daher fordern wir:**

- 75 • Keine Schließungen von Gebäuden, Bibliotheken und Hochschulen im kommenden Winter bei  
76 Preissteigerungen oder Gasnotlagen
- 77 • Keine Schließungen von Gebäuden, Bibliotheken und Hochschulen im kommenden Winter bei  
78 steigenden Corona-Inzidenzen und dazu die Erarbeitung geeigneter Hygienekonzepte und hyb-  
79 rider Lehrangebote für Studierende.
- 80 • Das Ergreifen von Energiesparmaßnahmen in einem vertretbaren, solidarischen Rahmen. Keine  
81 Herabsetzung der Raumtemperatur in Hörsälen und Bibliotheken unter 21 Grad Celsius.
- 82 • Umfassende Unterstützungsprogramme der Länder zugunsten der Hochschulen zur Bewälti-  
83 gung der gestiegenen Energiepreise

#### 84 **Studierendenwerke unterstützen!**

85 Unverzichtbar im studentischen Alltag sind die Angebote der Studierendenwerke. Insbesondere die  
86 Mensen versorgen Studierende tagsüber mit günstigen Mahlzeiten und schaffen wichtige Sozialräume.  
87 Im kommenden Winter ist es unverzichtbar, dass diese Angebote fortgesetzt und weiterhin angeboten  
88 werden. Auch wenn es zu Gasnotlagen oder weiteren Preissteigerungen kommen sollte, müssen die  
89 Studierendenwerke priorisiert durch Erhöhungen der Länderzuschüsse entlastet werden. Denn eine wei-  
90 tere Erhöhung der Wohnraummieten oder der Preise in den Mensen ist nicht zumutbar! Dabei ist es  
91 unerlässlich, dass die psychosozialen Beratungsangebote der Studierendenwerke ausgebaut werden.  
92 Schon während der Pandemie hat sich gezeigt, dass in Krisen ein Mehrbedarf an psychischer Beratung  
93 besteht. Darauf muss sich rechtzeitig vorbereitet und die entsprechenden Stellen schnell geschaffen  
94 werden.

#### 95 **Daher fordern wir:**

- 96 • Vollständiger Weiterbetrieb der Angebote der Studierendenwerke, insbesondere der Mensen,  
97 auch bei Gasengpässen und weiteren Preisverschärfungen
- 98 • Keine Preiserhöhung für Mahlzeiten in den studentischen Mensen
- 99 • Keine Erhöhungen der Wohnraummiete in den Wohnheimen der Studierendenwerke
- 100 • Ausbau der psychosozialen Beratungsangebote der Studierendenwerke
- 101 • Eine Ausfinanzierung der Studierendenwerke durch die Länder, um eine Kostentragung durch  
102 Studierende zu vermeiden

#### 103 **Studienbedingungen erleichtern!**

104 Um die psychischen Belastungen im kommenden Wintersemester abzufangen und den erschwerten  
105 Studienbedingungen entgegenzuwirken, braucht es wirksame Entlastungen des Studien- und Prüfungs-  
106 umfangs. Zusätzlich zu den gesundheitlichen und psychischen Sorgen, die Studierende aufgrund der  
107 Corona-Pandemie und des Krieges treffen, müssen wir uns nun auch um unsere finanzielle Absicherung  
108 sorgen. Ein Ablegen der Prüfungen unter den gleichen Voraussetzungen ist daher nicht akzeptierbar.  
109 Daher müssen durch die Länder Freiversuchsregelungen und Fristverlängerungen nach dem Vorbild der  
110 Pandemieausnahmen (vgl. § 126b BerlHG in Berlin) geschaffen werden. Unverändert bleibt jedoch un-  
111 sere grundsätzliche Forderung nach einer Abschaffung von Prüfungsversuchen.

#### 112 **Daher fordern wir:**

- 113 • Freiversuchsregelungen und Fristverlängerungen bei erschwerten Studienbedingungen durch  
114 die Energiesparmaßnahmen
- 115 • Berücksichtigung von Studierenden bei weiteren Entlastungszahlungen und Zuschüssen und  
116 keine Schlechterstellung gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen
- 117 • Einen Ausbau von inner- und außeruniversitären psychosozialen Beratungsstellen
- 118 • Die dauerhafte Erhöhung des BAföG auf ein armutsfestes Niveau